

Synopse der Bauvorlagenverordnung (BauVorIV)

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>Bauvorlagenverordnung (BVorIV) Vom 6. Juni 1996</p> <p>Aufgrund des § 86 Abs. 2 der Bremischen Landesbauordnung vom 27. März 1995 (Brem.GBl. S. 211 -2130-d-1a-) wird verordnet:</p> <p>Inhaltsverzeichnis</p>	<p>Bremische Bauvorlagenverordnung (BremBauVorIV) vom2010 (Brem.GBl. S.)</p> <p>Fassung für die Sitzung der Deputation für Bau und Verkehr am 6. Mai 2010</p> <p>Aufgrund des § 84 Absatz 3 in Verbindung mit § 57 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Bremischen Landesbauordnung vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) wird verordnet:</p> <p>Inhaltsverzeichnis:</p>
	<p>Teil 1 Allgemeines</p>
§ 1 Allgemeines	§ 1 Begriff, Beschaffenheit
§ 2 Vorklärung verfahrensrechtlicher Fragen	§ 2 Anzahl entfällt
	<p>Teil 2 Vorzulegenden Bauvorlagen</p>
§ 3 Bauvorlagen für den Bauantrag und das bauaufsichtliche Zustimmungsverfahren,	§ 3 Bauliche Anlagen
§ 4 Bauvorlagen für das vereinfachte Genehmigungsverfahren und das Genehmigungsfreistellungsverfahren	entfällt
§ 9 Bauvorlagen für Werbeanlagen	§ 4 Werbeanlagen
§ 6 Bauvorlagen für den Bauvorbescheid und für die Erteilung einer Ausnahme	§ 5 Vorbescheid, Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
oder Befreiung § 5 Bauvorlagen für den Abbruch baulicher Anlagen	§ 6 Beseitigung von Anlagen
	Teil 3 Inhalt der Bauvorlagen
§ 11 Lageplan § 7 Bauvorlagen für die Typengenehmigung § 8 Bauvorlagen für die Ausführungsgenehmigung Fliegender Bauten § 10 Bauvorlagen für die Teilung von Grundstücken § 12 Bauzeichnungen § 13 Baubeschreibung, Betriebsbeschreibung, Berechnungen § 14 Standsicherheitsnachweis und andere bautechnische Nachweise	§ 7 Lageplan entfällt entfällt entfällt § 8 Bauzeichnungen § 9 Bau- und Betriebsbeschreibung, Berechnungen § 10 Standsicherheitsnachweis § 11 Brandschutznachweis § 12 Nachweise für Wärme-, Schall-, Erschütterungsschutz § 13 Übereinstimmungsgebot
	Teil 4 Datenschutz
§ 15 Datenschutzbestimmungen	§ 14 Übermittlung personenbezogener Daten
	Teil 5 Übergangs- und Schlussvorschriften
§ 16 Übergangsvorschriften § 17 Inkrafttreten	§ 15 Übergangsvorschriften § 16 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
	Teil 1 Allgemeines
§ 1 Allgemeines	§ 1 Begriff, Beschaffenheit
<p>(1) Ist nach der Bremischen Landesbauordnung oder nach den aufgrund der Bremischen Landesbauordnung erlassenen Vorschriften ein Antrag erforderlich, ist dieser bei der zuständigen Bauordnungsbehörde mit den erforderlichen Bauvorlagen nach Maßgabe der folgenden Vorschriften einzureichen. Satz 1 gilt sinngemäß auch für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens (§ 66 der Bremischen Landesbauordnung) mit der Maßgabe, dass die in § 4 bezeichneten Bauvorlagen der in der Gemeinde für die Bauleitplanung zuständigen Stelle vorzulegen sind.</p>	<p>(1) ¹Bauvorlagen sind die einzureichenden Unterlagen, die für die Beurteilung des Bauvorhabens und die Bearbeitung des Bauantrags (§ 68 Absatz 2 Satz 1 Bremische Landesbauordnung), für die Anzeige der beabsichtigten Beseitigung (§ 61 Absatz 3 Satz 2 Bremische Landesbauordnung) oder für die Genehmigungsfreistellung (§ 62 Absatz 3 Satz 1 Bremische Landesbauordnung) erforderlich sind. ²Bautechnische Nachweise gelten auch dann als Bauvorlagen, wenn sie der Bauaufsichtsbehörde nicht vorzulegen sind.</p>
<p>(3) Die Bauvorlagen müssen aus dauerhaftem Papier lichtbeständig hergestellt sein; sie müssen einen 2,5 cm breiten Heftrand haben und in ihrer Größe dem Format DIN A 4 entsprechen oder auf diese Größe gefaltet sein.</p>	<p>(2) ¹Bauvorlagen müssen aus alterungsbeständigem Papier oder gleichwertigem Material lichtbeständig hergestellt sein und dem Format DIN A 4 entsprechen oder auf diese Größe gefaltet sein. ²§ 3a des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes bleibt unberührt.</p>
<p>(5) Die Bauordnungsbehörde kann die Verwendung einheitlicher Vordrucke und die Einreichung der Bauvorlagen in einer bestimmten Ordnung verlangen. Hat die oberste Bauordnungsbehörde Vordrucke öffentlich bekanntgemacht, so sind diese Vordrucke zu verwenden.</p>	<p>(3) ¹Die Bauaufsichtsbehörde kann die Verwendung einheitlicher Vordrucke und die Einreichung der Bauvorlagen in einer bestimmten Ordnung verlangen ²Hat die oberste Bauaufsichtsbehörde Vordrucke öffentlich bekannt gemacht, sind diese zu verwenden.</p>
<p>§ 3 Abs 2: Die Bauordnungsbehörde kann die Einreichung der Bauvorlagen nach Absatz 1 und entsprechend Absatz 3 weitere Nachweise und Bauvorlagen verlangen, soweit diese für die bauaufsichtlichen Prüfungen und Entscheidungen nach den §§ 61 und 82 der Bremischen Landesbauordnung erforderlich sind.</p> <p>§ 3 Abs. 3: Die Bauordnungsbehörde kann den Nachweis der Bauvorlageberechtigung verlangen und weitere Bauvorlagen, insbesondere Angaben und Unterlagen, Fotos, Modelle, Detailzeichnungen oder eine Altlastenverdachtsuntersuchung fordern, wenn diese zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderlich</p>	<p>(4) Die Bauaufsichtsbehörde darf ein Modell oder weitere Nachweise verlangen, wenn dies zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderlich ist.</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
sind;	
<p>§ 3 Satz 1 Halbsatz 2: sie kann auf Bauvorlagen oder einzelne Angaben in den Bauvorlagen verzichten, wenn diese zur Beurteilung des Bauvorhabens nicht erforderlich sind.</p>	<p>(5) Die Bauaufsichtsbehörde soll auf Bauvorlagen verzichten, wenn diese zur Beurteilung des Bauvorhabens nicht erforderlich sind.</p>
<p>(4) Für die Darstellung in den Bauvorlagen sind die Zeichen der Anlage 1 zu dieser Verordnung zu verwenden. Die Darstellungen sind, soweit erforderlich, durch Beschriftung zu kennzeichnen.</p>	
	<p>§ 2 Anzahl</p>
<p>§ 1 (2) Die Bauvorlagen sind in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Ist für die Prüfung des Antrages die Beteiligung anderer Behörden oder Stellen vorgesehen, so kann die Bauordnungsbehörde die Einreichung weiterer Ausfertigungen verlangen.</p>	<p>¹Bauvorlagen sind zweifach einzureichen. ²Ist die Prüfung bautechnischer Nachweise durch einen Prüfenieur erforderlich, ist jeweils eine Mehrfertigung der übrigen Bauvorlagen einzureichen. ³Die Bauaufsichtsbehörde kann weitere Mehrfertigungen verlangen, soweit dies zur Beteiligung von Stellen nach § 69 Absatz 1 Satz 1 der Bremischen Landesbauordnung (Sternverfahren) erforderlich ist; die Mehrfertigungen müssen nicht nach § 54 Absatz 2 Satz 2, § 68 Absatz 4 Satz 1 und 2 der Bremischen Landesbauordnung unterschrieben sein. ⁴Abweichend von Satz 1 sind die Bauvorlagen nach § 62 Absatz 3 Satz 1 der Bremischen Landesbauordnung einfach einzureichen.</p>
	<p>Teil 2 Vorzulegende Bauvorlagen</p>
<p>§ 2 Vorklärung verfahrensrechtlicher Fragen</p>	entfällt
<p>(1) Die Bauordnungsbehörde klärt auf Verlangen des Bauherrn oder seines Entwurfsverfassers vor der Einleitung bauordnungsrechtlicher Verfahren oder vor der Bauausführung verfahrensrechtliche Fragen. Insbesondere erklärt sie, ob für das geplante Vorhaben:</p> <p>1. keine Baugenehmigung erforderlich ist (§ 65 der Bremischen Landesbau-</p>	

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>ordnung),</p> <p>2. auf die Durchführung eines Baugenehmigungsverfahrens verzichtet wird (§ 64 Abs. 2 der Bremischen Landesbauordnung),</p> <p>3.</p> <p>a) das Genehmigungsverfahren (§ 66 der Bremischen Landesbauordnung),</p> <p>b) das vereinfachte Genehmigungsverfahren (§ 67 der Bremischen Landesbauordnung) oder</p> <p>c) das Baugenehmigungsverfahren (§ 64 der Bremischen Landesbauordnung)</p> <p>durchzuführen ist.</p>	
<p>(2) Klärungen nach Absatz 1 setzen konkrete Einzelfragen und, soweit erforderlich, die Vorlage prüffähiger Unterlagen voraus. Ist die Klärung einer Frage ohne Prüfung materiell-rechtlicher Vorfragen nicht möglich, sind auch diese auf konkret zu benennende Einzelfragen beschränkt. Eine schriftliche Erklärung nach Absatz 1 setzt eine schriftliche Fragestellung voraus. Die zuständige Behörde soll die geklärten Fragen in einem sich anschließenden Verfahren nur aus zwingenden Gründen abweichend entscheiden.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: center;">Bauvorlagen für den Bauantrag und das bauaufsichtliche Zustimmungsverfahren</p>	<p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: center;">Bauliche Anlagen</p>
<p>(1) Dem Bauantrag (§ 64 der Bremischen Landesbauordnung) sind folgende Bauvorlagen beizufügen :</p> <p>1. der Lageplan (§ 11) mit einem Auszug aus dem Bebauungsplan einschließlich Legende,</p> <p>2. die Bauzeichnungen (§ 12),</p> <p>3. die Baubeschreibung, die Betriebsbeschreibung, die Berechnungen (§ 13),</p> <p>4. der Standsicherheitsnachweis und die anderen bautechnischen Nachweise</p>	<p>Vorzulegende Bauvorlagen bei baulichen Anlagen sind:</p> <p>1. der Lageplan (§ 7)</p> <p>2. ein Auszug aus dem Bebauungsplan einschließlich Legende,</p> <p>3. die Bauzeichnungen (§ 8),</p> <p>4. die Bau- und Betriebsbeschreibung mit Berechnungen (§ 9),</p> <p>5. der Nachweis der Standsicherheit (§ 10); soweit er nicht bauaufsichtlich</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>(§ 14). Einzelne Bauvorlagen, insbesondere die bautechnischen Nachweise und Bauvorlagen über die Detailausführung bestimmter Bauteile oder Bauabschnitte, können auf Antrag zur Prüfung nachgereicht werden (§ 68 Abs.3 der Bremischen Landesbauordnung).</p>	<p>geprüft wird, mit der Erklärung des Tragwerkplaners nach Maßgabe des Kriterienkataloges der Anlage 2,</p> <ol style="list-style-type: none"> 6. der Nachweis des Brandschutzes (§ 11), soweit er nicht bereits in den übrigen Bauvorlagen enthalten ist, 7. die erforderlichen Angaben über die gesicherte Erschließung hinsichtlich der Versorgung mit Wasser und Energie sowie der Entsorgung von Abwasser und der verkehrsmäßigen Erschließung, soweit das Bauvorhaben nicht an eine öffentliche Wasser- oder Energieversorgung oder eine öffentliche Abwasserentsorgungsanlage angeschlossen werden kann oder nicht in ausreichender Breite an einer öffentlichen Verkehrsfläche liegt, 8. die Anträge auf Zulassung von Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen (§ 67 Absatz 2 Bremische Landesbauordnung) mit den zur Beurteilung erforderlichen Angaben.
<p>(4) Für das bauaufsichtliche Zustimmungsverfahren (§ 79 der Bremischen Landesbauordnung) gelten Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3, Satz 2 und Absatz 2 und 3 entsprechend. Der Antrag auf bauaufsichtliche Zustimmung ist bei der örtlich zuständigen Bauordnungsbehörde einzureichen.</p>	<p>entfällt</p>
<p style="text-align: center;">§ 9 Bauvorlagen für Werbeanlagen</p>	<p style="text-align: center;">§ 4 Werbeanlagen</p>
<p>(1) Dem Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für die Errichtung, Aufstellung, Anbringung und Änderung von Werbeanlagen sind beizufügen :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der einfache Lageplan (§ 11 Abs. 2 Nr. 4) mit den Angaben nach Absatz 2, 2. ein Auszug aus dem Bebauungsplan einschließlich Legende, 3. die Bauzeichnung und eine Beschreibung der Werbeanlage nach Maßgabe des Absatzes 3 und, soweit erforderlich, der Standsicherheitsnachweis (§ 14), 4. ein farbiges Lichtbild oder eine farbiges Lichtbildmontage mit den Darstel- 	<p>(1) Vorzulegende Bauvorlagen bei Werbeanlagen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ein aktueller Auszug aus der Liegenschaftskarte mit Einzeichnung des Standortes, 2. ein Auszug aus dem Bebauungsplan einschließlich Legende, 3. eine Zeichnung (Absatz 2) und eine Beschreibung (Absatz 3), 4. ein farbiges Lichtbild oder eine farbiges Lichtbildmontage, 5. der Nachweis der Standsicherheit (§ 10); soweit er nicht bauaufsichtlich geprüft wird, mit der Erklärung des Tragwerkplaners nach Maßgabe des

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>lungen nach Absatz 4,</p> <p>5. die Angabe der Herstellungs- und Anbringungskosten der geplanten Werbeanlage.</p> <p>Für Werbeanlagen, die an ein Gebäude angebracht werden, das nach Straße und Hausnummer bezeichnet werden kann, ist kein Lageplan erforderlich, wenn die Werbeanlagen nicht mehr als 10 cm in den öffentlichen Straßenraum oder in eine als nicht überbaubar festgesetzte Fläche hineinragen.</p> <p>(2) Der Lageplan muss folgende Angaben enthalten :</p> <ol style="list-style-type: none">1. den Maßstab und die Nordrichtung,2. die katastermäßige Bezeichnung des Baugrundstücks mit Angabe der Straße und der Hausnummer,3. die Katastergrenzen des Baugrundstücks,4. die das Baugrundstück betreffenden Festsetzungen eines Bebauungsplanes oder einer anderen Satzung über Art und Maß der baulichen Nutzung sowie die Baulinien, Baugrenzen und die Bauweise,5. die vorhandenen baulichen Anlagen auf dem Grundstück und ihre Nutzung,6. den Aufstellungs- oder Anbringungsort der geplanten Werbeanlage, <p>die Abstände der geplanten Werbeanlage zu öffentlichen Verkehrsflächen unter Angabe der Straßenklasse.</p> <p>(4) Auf einem farbigen Lichtbild oder einer farbigen Lichtbildmontage sind wiederzugeben:</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Darstellung der geplanten Werbeanlage in Verbindung mit der baulichen Anlage, vor der oder in deren Nähe sie aufgestellt oder errichtet oder an der sie angebracht werden soll,2. die Darstellung der vorhandenen Werbeanlagen auf dem Grundstück und den angrenzenden Grundstücken. <p>(5) § 3 Abs. 3 gilt entsprechend.</p>	<p>Kriterienkataloges der Anlage 2,</p> <p>6. die Angabe der Herstellungs- und Anbringungskosten.</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>(3) Die Bauzeichnung, für die ein Maßstab nicht kleiner als 1 : 50 zu verwenden ist, muss die Ausführung und die Darstellung der geplanten Werbeanlage, ihre Maße und Farben enthalten. In der Beschreibung sind die Art, die Werkstoffe und die Anbringung der geplanten Werbeanlage anzugeben.</p>	<p>(2) Die Zeichnung muss die Darstellung der Werbeanlage und ihre Maße, auch bezogen auf den Standort und auf Anlagen, an denen die Werbeanlage angebracht oder in deren Nähe sie aufgestellt werden soll, sowie Angaben über die Farbgestaltung enthalten.</p> <p>(3) In der Beschreibung sind die Art und die Beschaffenheit der Werbeanlage, sowie, soweit erforderlich, die Abstände zu öffentlichen Verkehrsflächen anzugeben.</p>
<p style="text-align: center;">§ 6 Bauvorlagen für den Bauvorbescheid und für die Erteilung einer Ausnahme oder Befreiung</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 Vorbescheid, Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen</p>
<p>(1) Einer Bauvoranfrage (§ 69 der Bremischen Landesbauordnung) und dem Antrag auf Erteilung einer Ausnahme oder Befreiung (§ 65 Abs. 6 und § 66 Abs. 3 der Bremischen Landesbauordnung) sind beizufügen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine allgemeine Beschreibung des geplanten Vorhabens, 2. die genaue Benennung der mit dem Bauvorbescheid zu entscheidenden Fragen oder der beantragten Ausnahme oder Befreiung unter Angabe der Gründe, 3. die Bauvorlagen nach den §§ 11 bis 14, soweit sie zur Beurteilung der zu entscheidenden Fragen oder für die Entscheidung über die beantragte Ausnahme oder Befreiung erforderlich sind. 	<p>Vorzulegen sind diejenigen Bauvorlagen, die zur Beurteilung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der durch den Vorbescheid zu entscheidenden Fragen des Bauvorhabens, oder 2. der Anträge auf Zulassung von Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen bei verfahrensfreien Vorhaben (§ 67 Absatz 2 Satz 2 Bremische Landesbauordnung). <p>erforderlich sind.</p>
<p>(2) § 3 Abs. 3 gilt entsprechend.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 5 Bauvorlagen für den Abbruch baulicher Anlagen</p>	<p style="text-align: center;">§ 6 Beseitigung von Anlagen</p>
<p>(1) Dem Antrag auf Genehmigung zum Abbruch baulicher Anlagen sind unter Angabe der katastermäßigen Bezeichnung des Grundstücks sowie der Straße und Hausnummer beizufügen :</p>	<p>Vorzulegende Bauvorlagen für die Beseitigung von Anlagen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ein aktueller Auszug aus der Liegenschaftskarte, der die Lage der zu beseitigenden Anlagen unter Bezeichnung des Grundstücks nach Liegen-

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<ol style="list-style-type: none"> 1. ein Lichtbild der Ansicht der baulichen Anlage , 2. eine Beschreibung der baulichen Anlage nach ihrer wesentlichen Konstruktion, 3. eine Beschreibung des geplanten Abbruchvorganges mit Angabe der für den Abbruch vorgesehenen Geräte, 4. Angaben über geschützte Bäume im Arbeitsbereich der Abbruchgeräte, 5. ein Nachweis der Standsicherheit, wenn die für den Abbruch vorgesehenen baulichen Anlagen an eine oder mehrere baulichen Anlagen angebaut sind oder der Abbruch in anderer Weise die Standsicherheit anderer baulicher Anlagen beeinträchtigen kann, 6. eine Beschreibung der geplanten Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten, der Passanten sowie der Nachbarschaft vor Gefahren, erheblichen Belästigungen und sonstigen schädlichen Umwelteinwirkungen, 7. eine Beschreibung der baulichen Anlage nach ihrer Nutzung und Nutzungsgeschichte, 8. Angaben über schadstoffhaltige Verunreinigungen des Abbruchmaterials, insbesondere bei gewerblichen und industriellen Bauten, über Asbestfasern nach Maßgabe des Absatzes 2, 9. Angaben über Art und Menge des Abbruchguts sowie über den vorgesehenen Verbleib, 10. die Benennung des Abbruchunternehmers, 11. die Angabe der Abbruchkosten. <p>§ 3 Abs. 3 gilt entsprechend.</p>	<p>schaftskataster sowie nach Straße und Hausnummer darstellt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. in den Fällen des § 61 Absatz 3 Satz 3 der Bremischen Landesbauordnung die Bestätigung des Tragwerkplaners, 3. in den Fällen des § 61 Absatz 3 Satz 4 der Bremischen Landesbauordnung der Prüfbericht des Prüfsachverständigen, 4. ein Lichtbild der Ansicht der baulichen Anlage, 5. Name und Anschrift des Beseitigungsunternehmers, 6. Beschreibung des Beseitigungsverfahrens mit Angaben über den Geräteeinsatz und Schutzmaßnahmen, 7. Angaben über schadstoffhaltige Verunreinigungen des Abbruchmaterials sowie dessen Entsorgung, 8. Angaben über Lebensstätten besonders geschützter Arten gemäß § 7 Absatz 2 Nummer 13 des Bundesnaturschutzgesetzes, 9. Angaben über die Beantragung der für die Beseitigung der Anlage nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen, insbesondere nach denkmalschutzrechtlichen Vorschriften. 10. Angaben über die Beseitigungskosten.
<p>(2) Für den Abbruch von Gebäuden ist eine Bescheinigung eines Sachkundigen im Sinne des Abschnitts 2.7 der Technischen Regel für Gefahrstoffe TRGS 519, Ausgabe März 1995 (Bundesarbeitsblatt 1995 S. 52) darüber vorzulegen, ob Bauteile der Gebäude Asbest oder asbesthaltige Materialien enthalten.</p>	<p>entfällt</p>
<p>(3) Absatz 1 und 2 gelten für das Genehmigungsverfahren entsprechend mit der Maßgabe, dass die Bauvorlagen nach Absatz 1 und 2 und,</p>	<p>entfällt</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
soweit erforderlich, die denkmalschutzrechtliche Genehmigung oder die schriftliche Bestätigung, dass ein Genehmigungsverfahren eingeleitet worden ist, der in der Gemeinde für die Bauleitplanung zuständigen Stelle vorzulegen sind. § 4 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.	
<p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;">Bauvorlagen für das vereinfachte Genehmigungsverfahren und das Genehmigungsfreistellungsverfahren</p>	entfällt, siehe grundsätzliche Regelung in § 3
(1) Dem Antrag auf Erteilung einer Baugenehmigung im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren (§ 67 der Bremischen Landesbauordnung) sind die Bauvorlagen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 sowie die Erklärungen nach § 66 Abs. 4 der Bremischen Landesbauordnung beizufügen. § 3 Abs. 1 Satz 2 und Absatz 2 und 3 gilt entsprechend.	
<p>(2) Mit der Anzeige der abschließenden Fertigstellung des Vorhabens sind der Bauordnungsbehörde die bautechnischen Nachweise (§ 14) und die Bescheinigungen des Bezirksschornsteinfegermeisters nach § 41 Abs. 9 der Bremischen Landesbauordnung einzureichen. Bei Vorhaben nach § 66 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 der Bremischen Landesbauordnung sind außerdem beizufügen :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Prüfbericht des beauftragten Prüfsachverständigen sowie dessen schriftliche Bestätigung über die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen, sofern mit der Baubeschreibung (§ 13 Abs. 2) nicht erklärt wird, dass die Tragwerke des Vorhabens von sehr geringer oder geringer Schwierigkeit im Sinne des § 66 Abs. 7 Satz 3 der Bremischen Landesbauordnung sind, 2. der Nachweis der Festlegung des Grundrisses und der Höhenlage von Gebäuden durch eine zur Urkundsmessung befugte Person oder Stelle. 	
<p>(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für das Genehmigungsfreistellungsverfahren entsprechend mit der Maßgabe, dass die Bauvorlagen nach Absatz 1 und, soweit erforderlich, zusätzlich</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die denkmalschutzrechtliche Genehmigung oder die schriftliche Bestätigung der zuständigen Denkmalschutzbehörde, dass ein Genehmigungsverfahren eingeleitet worden ist, 	

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>2. der planungsrechtliche Vorbescheid, 3. die Entscheidung der Bauordnungsbehörde über erforderliche Ausnahmen und Befreiungen</p> <p>der in der Gemeinde für die Bauleitplanung zuständigen Stelle vorzulegen sind. Abweichend von § 1 Abs. 2 sind die Bauvorlagen in einfacher Ausfertigung einzureichen, falls der Bauherr nicht ausdrücklich bestimmt, dass die Bauvorlagen gegebenenfalls als Bauantrag zu behandeln und an die Bauordnungsbehörde weiterzuleiten sind.</p>	
	<p>Teil 3 Inhalt der Bauvorlagen</p>
<p>§ 11 Lageplan</p>	<p>§ 7 Lageplan</p>
<p>(1) Der Lageplan ist auf der Grundlage des Liegenschaftskatasters durch eine zur Urkundsmessung befugte Person oder Stelle mit den Angaben nach Absatz 3 zu erstellen (qualifizierter Lageplan) und durch die Angaben des Entwurfsverfassers nach Absatz 4 zu ergänzen. Ein kleinerer Maßstab als 1:500 ist zulässig, wenn er mit dem Maßstab der amtlichen Flurkarte übereinstimmt. Der Lageplan muss das Baugrundstück und mindestens die unmittelbar angrenzenden sowie die straßenseitig gegenüberliegenden Grundstücke (Nachbargrundstücke) in einer für die Beurteilung des Vorhabens erforderlichen Tiefe darstellen. Die Bauordnungsbehörde kann einen größeren Maßstab oder die Darstellung der weiteren Umgebung des Baugrundstücks durch einen Auszug aus der Deutschen Grundkarte in einem Maßstab 1 : 2500 oder 1 : 5000 fordern, wenn dies zur Beurteilung des Vorhabens erforderlich ist. Ist der Grenzverlauf des Baugrundstücks örtlich nicht erkennbar oder weicht dieser erheblich vom Katasternachweis ab, ist der Verlauf der rechtmäßigen Grenzen des Baugrundstücks durch eine amtliche Grenzfeststellung nachzuweisen, wenn eine Grenzüberbauung oder die Nichteinhaltung erforderlicher Abstände gegenüber Grundstücksgrenzen zu befürchten ist.</p>	<p>(1) ¹Der Lageplan ist auf der Grundlage des Liegenschaftskatasters durch eine zur Urkundsmessung befugte Person oder Stelle mit den Angaben nach Absatz 3 zu erstellen (qualifizierter Lageplan) und durch die Angaben des Entwurfsverfassers nach Absatz 4 zu ergänzen. ²Ein kleinerer Maßstab als 1:500 ist zulässig, wenn er mit dem Maßstab der amtlichen Liegenschaftskarte übereinstimmt. ³Ein größerer Maßstab ist zu wählen, wenn es für die Beurteilung des Vorhabens erforderlich ist. ⁴Der Lageplan muss das Baugrundstück und mindestens die unmittelbar angrenzenden sowie die straßenseitig gegenüberliegenden Grundstücke (Nachbargrundstücke) in einer für die Beurteilung des Vorhabens erforderlichen Tiefe darstellen. ⁵Ist der Grenzverlauf des Baugrundstücks örtlich nicht erkennbar oder weicht dieser erheblich vom Katasternachweis ab, ist der Verlauf der rechtmäßigen Grenzen des Baugrundstücks durch eine amtliche Grenzfeststellung nachzuweisen, wenn eine Grenzüberbauung oder die Nichteinhaltung erforderlicher Abstände gegenüber Grundstücksgrenzen zu befürchten ist. ⁶Der Lageplan ist mit dem Namen des Bauherrn, der Bezeichnung des Bauvorhabens und dem Datum des dazugehörigen Bauantrags oder der Unterlagen nach § 62 Absatz 3 Satz 1 der Bremischen Landesbauordnung zu beschriften.</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>(2) Der Lageplan kann vollständig durch den Entwurfsverfasser auf einer beglaubigten Ablichtung des Flurkartenauszugs mit den Angaben nach Absatz 3 und 4 erstellt werden (einfacher Lageplan) für:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Errichtung und Änderung von Ein- und Zweifamilienhäusern, auch als Doppelhäuser und in Reihenhauszeilen, 2. Nutzungsänderungen ohne Änderungen der Gebäudeabmessungen, 3. Vorhaben von untergeordneter Bedeutung, 4. Werbeanlagen (§ 9), 5. Anträge auf Grundstücksteilungen (§ 10). <p>Die Bauordnungsbehörde kann auch bei Vorhaben nach Satz 1 einen qualifizierten Lageplan verlangen, wenn dies die besonderen Grundstücks-, Gebäude- oder Grenzverhältnisse erfordern.</p>	<p>(2) ¹Der Lageplan kann vollständig durch den Entwurfsverfasser auf einem beglaubigten Auszug aus der Liegenschaftskarte mit den Angaben nach Absatz 3 und 4 für</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Errichtung und Änderung von Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2, 2. Nutzungsänderungen ohne Änderungen der Gebäudeabmessungen oder 3. Vorhaben von untergeordneter Bedeutung <p>erstellt werden (einfacher Lageplan).</p> <p>²Die Bauaufsichtsbehörde kann auch bei Vorhaben nach Satz 1 einen qualifizierten Lageplan verlangen, wenn dies die besonderen Grundstücks-, Gebäude- oder Grenzverhältnisse erfordern.</p>
<p>(3) Der qualifizierte Lageplan muss folgende Angaben enthalten :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Maßstab und die Nordrichtung, 2. die katastermäßige Bezeichnung des Baugrundstücks und der Nachbargrundstücke mit Angabe der Eigentümer sowie der Straßen und Hausnummern, 3. die Bezeichnung des Baugrundstücks nach dem Grundbuch mit Angabe der laufenden Nummer aus dem Bestandsverzeichnis, 4. die Katastergrenzen des Baugrundstücks und der Nachbargrundstücke, 5. den Flächeninhalt des Baugrundstücks, 6. die das Baugrundstück betreffenden Festsetzungen eines Bebauungsplanes oder einer anderen Satzung über Art und Maß der baulichen Nutzung sowie die Baulinien, Baugrenzen und die Bauweise, 7. die in Bebauungsplänen festgesetzten oder in Planfeststellungsbeschlüssen ausgewiesenen sowie die vorhandenen öffentlichen Verkehrsflächen unter Angabe der Straßengruppe und dort vorhandener Bäume, Masten 	<p>(3) Der qualifizierte Lageplan muss folgende Angaben enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Maßstab und die Nordrichtung, 2. die im Liegenschaftskataster nachgewiesenen Bezeichnungen der Flurstücke des Baugrundstücks und der benachbarten Grundstücke mit den jeweiligen Grenzen und Flächengrößen, die Angaben zu einem nahegelegenen geeigneten Höhenpunkt und die darauf bezogene Höhenlage der Eckpunkte des Baugrundstücks, 3. die im Grundbuch geführte Bezeichnung des Baugrundstücks und der benachbarten Grundstücke mit den jeweiligen Eigentümerangaben, 4. die vorhandenen baulichen Anlagen auf dem Baugrundstück und den benachbarten Grundstücken mit Angabe ihrer Nutzung, First- und Außenwandhöhen und der Dachform, 5. Bau- und Kulturdenkmale, geschützten Baumbestand auf dem Baugrundstück und auf den Nachbargrundstücken sowie geschützte Bestandteile von Natur und Landschaft nach §§ 23 bis 30 Bundesnaturschutzgesetz und

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>und Aufbauten im Bereich des Vorhabens,</p> <ol style="list-style-type: none"> 8. die Angabe eines nahegelegenen Höhenfestpunktes (Höhe über NN), 9. die Flächen des Baugrundstücks , die innerhalb des Geltungsbereichs einer Veränderungssperre (§ 14 BauGB), eines förmlich festgelegten Sanierungsgebietes (§ 142 BauGB), eines förmlich festgelegten Entwicklungsbereiches (§ 165 BauGB) sowie einer Erhaltungssatzung liegen (§ 172 BauGB), 10. die vorhandenen baulichen Anlagen auf dem Baugrundstück und auf den Nachbargrundstücken, unter Angabe der Nutzung und Geschößzahl, 11. die geschützten Baudenkmäler und Bodendenkmäler sowie Bäume, Sträucher und sonstige Landschaftsbestandteile, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu erhalten sind, auf dem Baugrundstück und, soweit erforderlich, den Nachbargrundstücken. 	<p>„Natura 2000“-Gebiete nach § 32 Bundesnaturschutzgesetz und,</p> <ol style="list-style-type: none"> 6. die angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen mit Angabe der Breite, der Straßenklasse und der Höhenlage mit Bezug auf den in Nummer 2 bezeichneten Höhenpunkt, 7. die Festsetzungen eines Bebauungsplans für das Baugrundstück über Art und Maß der baulichen Nutzung sowie die Baulinien, Baugrenzen und die Bauweise, 8. die Flächen des Baugrundstücks, die innerhalb des Geltungsbereichs einer Veränderungssperre (§ 14 Baugesetzbuch), eines förmlich festgelegten Sanierungsgebietes (§ 142 Baugesetzbuch), eines förmlich festgelegten Entwicklungsbereiches (§ 165 Baugesetzbuch) sowie einer Erhaltungssatzung liegen (§ 172 Baugesetzbuch).
<p>(4) Auf dem Lageplan hat der Entwurfsverfasser folgende Angaben einzutragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Flächen, deren Böden mit Stoffen belastet sind, die eine Gefährdung oder unzumutbare Belästigung bewirken können oder bei denen ein begründeter Verdacht auf eine solche Belastung vorliegt, 2. die Flächen, die von Baulasten oder öffentlichen Grundlasten betroffen sind, 3. die Straßenhöhe (§ 2 Abs. 9 der Bremischen Landesbauordnung) der Verkehrsflächen nach Absatz 3 Nr. 7 und die Höhe der Geländeoberfläche (§ 2 Abs. 8 der Bremischen Landesbauordnung) über NN im Bereich der geplanten baulichen Anlage, 4. die Angabe der Bauarten der Außenwände und Bedachungen der auf dem Baugrundstück vorhandenen baulichen Anlagen sowie die Abstandsflächen mit dem Maß H (§ 6 Abs. 4 der Bremischen Landesbauordnung) der auf dem Baugrundstück vorhandenen Außenwände, 5. die geplanten baulichen Anlagen auf dem Baugrundstück unter Angabe der Nutzung, der Außenmaße, der Zahl der Vollgeschosse, der Dachform, der Höhenlage der rohbaufertigen Fußbodenoberkante des Erdgeschoßfußbo- 	<p>(4) Auf dem Lageplan hat der Entwurfsverfasser folgende Angaben einzutragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Leitungen, die der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, Wärme, der öffentlichen Abwasserentsorgung oder der Telekommunikation und Rohrleitungen, die dem Ferntransport von Stoffen dienen sowie deren Abstände zu der geplanten baulichen Anlage, 2. Hydranten und andere Wasserentnahmestellen für die Feuerwehr, 3. Flächen, die von Baulasten und öffentlichen Grundlasten betroffen sind, 4. die geplante bauliche Anlage unter Angabe der Außenmaße, der Dachform und der Zahl der Vollgeschosse, 5. die Höhenlage der Eckpunkte der geplanten baulichen Anlage sowie die Höhenlage der rohbaufertigen Fußbodenoberkante des Erdgeschoßfußbodens zur Straßenhöhe und zur Geländeoberfläche mit Bezug auf den in Absatz 3 Nummer 2 bezeichneten Höhenpunkt, 6. die Aufteilung der nicht überbauten Flächen unter Angabe der Lage und Breite der Zu- und Abfahrten, der Anzahl, Lage und Größe der Kinderspielplätze, der Stellplätze und der Flächen für die Feuerwehr,

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>dens zur Straßenhöhe und zur Geländeoberfläche, der Abstandsflächen mit dem Maß H je Außenwand, der Abstände zu anderen baulichen Anlagen auf dem Baugrundstück sowie die Lage und Breite der Zu- und Abfahrten,</p> <p>6. die Kinderspielplätze, die Lager-, Arbeits- und Verkehrsflächen, die Stellplätze für Kraftfahrzeuge einschließlich deren Eingrünung durch Bepflanzung, die Fahrradabstellplätze, die Plätze für Abfall- und Wertstoffbehälter sowie die Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr, jeweils nach Lage, Art und Größe unter Angabe der Befestigungsart,</p> <p>7. die das Baugrundstück betreffenden Festsetzungen eines Bebauungsplanes oder einer anderen Satzung über Maßnahmen zur Minderung, zum Ausgleich und zum Ersatz von Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft,</p> <p>8. für im Außenbereich (§ 35 BauGB) geplante bauliche Anlagen die Angaben über</p> <ul style="list-style-type: none">a) die im Bereich des geplanten Vorhabens vor Antragstellung vorhandenen baulichen Anlagen,b) die Art der Freiflächennutzung, wie Grünland, Wiese, Acker, Brache, Ziergarten oder Kleingarten,c) die Art der Vegetation, insbesondere prägende Gehölzbestände,d) stehende und fließende Gewässer und Feuchtsenken, <p>jeweils unter Beifügung einer Fotografie (Bestandsplan),</p> <p>9. Lage, Art und Umfang der entsprechend den Festsetzungen nach Nummer 7 oder der zum Ausgleich und zum Ersatz von Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft im Außenbereich geplanten Maßnahmen nach Nummer 8 (Ausgleichsplan),</p> <p>10. die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften einzuhaltenden Mindestabstände der geplanten baulichen Anlagen, insbesondere zu benachbarten öffentlichen Verkehrsflächen, Gewässern, Deichen, Dämmen und Gleisanlagen,</p> <p>11. Brunnen, Dungstätten, Jauche- und Güllebehälter sowie deren Abstände</p>	<p>7. die Abstände der geplanten baulichen Anlage zu den Nachbargrenzen und zu den auf dem Baugrundstück und den benachbarten Grundstücken befindlichen baulichen Anlagen unter Angabe der Art der vorhandenen Außenwände und Bedachungen sowie die Abstandsflächen mit dem Maß H je Außenwand,</p> <p>8. die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften einzuhaltenden Mindestabstände der geplanten baulichen Anlage, insbesondere zu benachbarten öffentlichen Verkehrsflächen, Gewässern, Deichen, Dämmen und Gleisanlagen,</p> <p>9. die das Baugrundstück betreffenden Festsetzungen eines Bebauungsplanes oder einer anderen Satzung über Maßnahmen zur Minderung, zum Ausgleich und zum Ersatz von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft,</p> <p>10. die gemäß § 8 Absatz 2 des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz durch die Naturschutzbehörde beurteilten Angaben von Eingriffsvorhaben nach § 17 Absatz 4 des Bundesnaturschutzgesetzes,</p> <p>11. Angaben über die Lebensstätten besonders geschützter Arten gemäß § 7 Absatz 2 Nummer 13 des Bundesnaturschutzgesetzes.</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
zu baulichen Anlagen und Nachbargrenzen, 12. Behälter im Freien für Gase und schädliche oder brennbare Flüssigkeiten sowie deren Abstände zu baulichen Anlagen und Nachbargrenzen, 13. Hochspannungsleitungen und unterirdische Leitungen für die Abwasserbeseitigung, für das Fernmeldewesen und für die Versorgung mit Elektrizität, Wasser, Gas und Wärme sowie deren Abstände zu baulichen Anlagen, 14. Hydranten und andere Wasserentnahmestellen für Feuerlöschzwecke mit Angabe der Ergiebigkeit (l / min.).	
(5) Angaben nach Absatz 4 Nummer 9 sind auf einem besonderen Blatt einzutragen (Ausgleichsplan); dies gilt für die übrigen Angaben nach Absatz 3 und 4 entsprechend, soweit der Lageplan sonst unübersichtlich würde.	(5) Der Inhalt des Lageplans nach Absatz 3 und 4 ist auf besonderen Blättern in geeignetem Maßstab darzustellen, wenn der Lageplan sonst unübersichtlich würde.
(6) Für die Darstellung im Lageplan sind die Zeichen der Nummer 1 der Anlage 1 zu dieser Verordnung zu verwenden. Die sonstigen Darstellungen sind durch Beschriftung zu kennzeichnen.	(6) ¹ Im Lageplan sind die Zeichen und Farben der Anlage 1 zu verwenden; im Übrigen ist die Planzeichenverordnung 1990 vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58) entsprechend anzuwenden. ² Sonstige Darstellungen sind zu erläutern.
§ 11 Abs. 2 Satz 3: Bei der Änderung baulicher Anlagen, bei denen die Außenwände und Dächer sowie die Nutzung nicht verändert werden, ist ein Lageplan nicht erforderlich.	(7) Bei Änderungen baulicher Anlagen, bei denen Außenwände und Dächer sowie die Nutzung nicht verändert werden, ist der Lageplan nicht erforderlich.
§ 7 Bauvorlagen für die Typengenehmigung	entfällt
(1) Dem Antrag auf Erteilung einer Typengenehmigung nach § 77 der Bremischen Landesbauordnung brauchen nur die Bauvorlagen nach den §§ 12, 13 und § 14 beigelegt zu werden. § 3 Abs. 3 gilt entsprechend.	
(2) Die Bauvorlagen sind bei der obersten Bauordnungsbehörde einzureichen.	
§ 8 Bauvorlagen für die Ausführungsgenehmigung Fliegender Bauten	entfällt

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>(1) Dem Antrag auf Erteilung einer Ausführungsgenehmigung für Fliegende Bauten (§ 78 der Bremischen Landesbauordnung) brauchen nur die Bauvorlagen nach den §§ 12, 13 und 14 Abs. 1 und 2 beigelegt zu werden. Die Bau- und Betriebsbeschreibung müssen ausreichende Angaben über die Konstruktion, den Aufbau und den Betrieb enthalten. § 3 Abs. 3 gilt entsprechend.</p>	
<p>(2) Der Antrag ist bei der nach § 78 Abs. 3 der Bremischen Landesbauordnung zuständigen Bauordnungsbehörde einzureichen. .</p>	
<p style="text-align: center;">§ 10 Bauvorlagen für die Teilung von Grundstücken</p>	entfällt
<p>(1) Dem Antrag auf Genehmigung einer Grundstücksteilung nach § 11 der Bremischen Landesbauordnung sind beizufügen :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der einfache Lageplan (§ 11 Abs. 2 Nr. 5) mit den ausschließlich auf das zu teilende Grundstück bezogenen Angaben und Darstellungen <ol style="list-style-type: none"> a) nach § 11 Abs. 3 Nr. 1, 2, 3, 4 und 10 sowie Abs. 4 Nr. 2, 4, 6, 9, 11, 12 und 13, b) der Abstände und der erforderlichen Abstandsflächen mit dem Maß H je Außenwand der nach § 11 Abs. 3 Nr. 10 darzustellenden baulichen Anlagen zur Teilungslinie, c) des rot unterlegten künftigen Grenzverlaufs (Teilungslinie), soweit diese Angaben und Darstellungen für die Entscheidung über die beantragte Grundstücksteilung relevant sind, 2. die Berechnung nach § 13 Abs. 5 Nr. 6, soweit erforderlich, 3. die Grundbuchbezeichnung des zu teilenden Grundstücks mit Angabe der laufenden Nummer im Bestandsverzeichnis des Grundbuchs. 	
<p>(2) § 3 Abs. 3 gilt entsprechend.</p>	

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p style="text-align: center;">§ 12 Bauzeichnungen</p>	<p style="text-align: center;">§ 8 Bauzeichnungen</p>
<p>(1) Für die Bauzeichnungen ist der Maßstab 1:100 zu verwenden. Die Bauordnungsbehörde kann einen anderen Maßstab verlangen oder zulassen, wenn ein solcher zur Darstellung der erforderlichen Eintragungen notwendig oder ausreichend ist.</p>	<p>(1) ¹Für die Bauzeichnungen ist ein Maßstab von mindestens 1:100 zu verwenden. ²Ein größerer Maßstab ist zu wählen, wenn er zur Darstellung der erforderlichen Eintragung notwendig ist; ein kleinerer Maßstab kann gewählt werden, wenn er dafür ausreicht.</p>
<p>(2) In den Bauzeichnungen sind unter Angabe der erforderlichen Maße und der wesentlichen Baustoffe und Bauarten darzustellen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Grundrisse aller Geschosse mit Angaben der geplanten Größe sowie der Nutzung oder Funktion der Räume mit Einzeichnung <ol style="list-style-type: none"> a) der Treppen und der zu ihnen oder ins Freie führenden Rettungswege, b) der Art der Türen an und in Rettungswegen, bei Sonderbauten (§ 52 der Bremischen Landesbauordnung) auch der Anschlagsrichtung, c) der Feuerstätten unter Eintragung ihrer Art und Nennwärmeleistung, d) der Abgasanlagen, e) der ortsfesten Behälter für Gas, wassergefährdende oder brennbare Flüssigkeiten, f) der Aufzugs-, Licht-, Abfall- und Wertstoffschächte, g) der raumlufttechnischen Anlagen, Lüftungsleitungen und Installationschächte und -kanäle, h) der Art und Lage der brandschutztechnischen Einrichtungen wie Brandmelde-, Alarmierungs-, Feuerlösch-, Rauch- und Wärmeabzugsanlagen, i) der Anordnung der Fenster und Türen, j) der Entwässerungsgrundleitungen. <p>Soweit an die verwendeten Baustoffe oder Bauteile Anforderungen aus Grün-</p>	<p>(2) In den Bauzeichnungen sind darzustellen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Grundrisse aller Geschosse mit Angabe der vorgesehenen Nutzung der Räume und mit Einzeichnung der <ol style="list-style-type: none"> a) Treppen, b) lichten Öffnungsmaße der Türen sowie deren Art und Anordnung an und in Rettungswegen, c) Abgasanlagen und Leitungen zur Abführung von Verbrennungsgasen, d) Räume für die Aufstellung von Feuerstätten, Verbrennungsmotoren und Blockheizkraftwerken unter Angabe der Nennleistung sowie der Räume für die Brennstofflagerung unter Angabe der vorgesehenen Art und Menge des Brennstoffes, e) Aufzugsschächte, Aufzüge und der nutzbaren Grundflächen der Fahrkörbe von Personenaufzügen, f) Installationschächte, -kanäle und Lüftungsleitungen, soweit sie raumabschließende Bauteile durchdringen, g) Räume für die Aufstellung von Lüftungsanlagen, h) für die Erfüllung der Barrierefreiheit maßgeblichen Angaben, soweit diese nicht bereits in den übrigen Angaben nach § 8 enthalten sind. 2. die Schnitte, aus denen folgende Punkte ersichtlich sind:

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>den des Brandschutzes gestellt werden, ist das Brandverhalten der Baustoffe und die Feuerwiderstandsdauer der Bauteile anzugeben.</p> <p>2. die Schnitte mit Angabe oder Einzeichnung</p> <ul style="list-style-type: none"> a) der Höhenlage der rohbaufertigen Fußbodenoberkante des Erdgeschoßfußbodens zur Straßenhöhe und zur Geländeoberfläche, b) der Höhe des Fußbodens des obersten Geschosses, in dem Aufenthaltsräume möglich sind, über der Geländeoberfläche (§ 2 Abs. 3 der Bremischen Landesbauordnung), c) der Geschoßhöhen und der lichten Raumhöhen unter Einzeichnung abgehängter Decken, d) der Höhe von 2,30 m in den beiden obersten Geschossen (§ 2 Abs. 5 der Bremischen Landesbauordnung), e) des Verlaufs der Treppen und Rampen mit ihrem Steigungsverhältnis, f) des Anschnitts der natürlichen und der geplanten Geländeoberfläche, g) des Maßes H je Außenwand in dem zur Bestimmung der Abstandsflächen erforderlichen Umfang (§ 6 Abs. 4 der Bremischen Landesbauordnung), soweit dieses nicht in den Ansichten angegeben ist, h) der Dachhöhen und Dachneigungen, i) der Führung der Abgasanlagen, Schächte und Kanäle, j) der Brüstungshöhen der Fenster. <p>3. die Ansichten der geplanten baulichen Anlagen mit dem Anschluss an die Geländeoberfläche, an benachbarte bauliche Anlagen unter Angabe von Baustoffen und Farben sowie des Straßenlängsgefälles.</p>	<ul style="list-style-type: none"> a) die Gründung der geplanten baulichen Anlage und, soweit erforderlich, die Gründungen anderer baulicher Anlagen, b) der Anschnitt der vorhandenen und der geplanten Geländeoberfläche, c) die Höhenlage des rohbaufertigen Erdgeschossfußbodens zur Straßenhöhe und zur Geländeoberfläche mit Bezug auf den gemäß § 7 Absatz 3 Nummer 2 bezeichneten Höhenpunkt, d) die Höhe der Fußbodenoberkante des höchstgelegenen Geschosses, in dem ein Aufenthaltsraum möglich ist, über der geplanten Geländeoberfläche, e) die lichten Raumhöhen, f) der Verlauf der Treppen und Rampen mit ihrem Steigungsverhältnis, g) die Wandhöhe im Sinne des § 6 Absatz 4 Satz 2 der Bremischen Landesbauordnung, h) die Dachhöhen und Dachneigungen, i) die Höhe von 2,30 m in den beiden obersten Geschossen (§ 2 Absatz 6 Satz 2 Bremische Landesbauordnung). <p>3. die Ansichten der geplanten baulichen Anlage mit dem Anschluss an Nachbargebäude unter Angabe von Baustoffen und Farben, der vorhandenen und geplanten Geländeoberfläche sowie des Straßengefälles.</p>
	<p>(3) In den Bauzeichnungen sind anzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. der Maßstab und die Maße, 2. die wesentlichen Bauprodukte und Bauarten, 3. die Rohbaumaße der Fensteröffnungen in Aufenthaltsräumen,

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
	4. bei Änderung baulicher Anlagen die zu beseitigenden und die geplanten Bauteile.
(3) Für die Darstellung in den Bauzeichnungen sind die Zeichen der Nummer 2 der Anlage 1 zu dieser Verordnung zu verwenden. Die Bauordnungsbehörde kann verlangen, dass einzelne Bauzeichnungen oder Darstellungen durch besondere Zeichnungen, Zeichen und Farben erläutert werden. § 3 Abs. 3 gilt entsprechend.	(4) In den Bauzeichnungen sind die Zeichen und Farben der Anlage 1 zu verwenden.
§ 13 Baubeschreibung, Betriebsbeschreibung, Berechnungen	§ 9 Bau- und Betriebsbeschreibung, Berechnungen
(1) In der Baubeschreibung sind das Vorhaben, insbesondere seine Konstruktion und seine Nutzung, zu erläutern, soweit das zur Beurteilung erforderlich ist und die notwendigen Angaben nicht in den Lageplan und in die Bauzeichnungen aufgenommen werden können.	(1) ¹ In der Baubeschreibung sind das Vorhaben und seine Nutzung zu erläutern, soweit dies zur Beurteilung erforderlich ist und die notwendigen Angaben nicht im Lageplan und den Bauzeichnungen enthalten sind. ² Die Gebäudeklasse und die Höhe im Sinne des § 2 Absatz 3 Satz 2 der Bremischen Landesbauordnung sind anzugeben.
(3) Zur Beurteilung der Eignung des Baugrundstücks ist dessen bisherige Nutzung und die Nutzung der auf ihm vorhandenen baulichen Anlagen anzugeben sowie, soweit erforderlich, die von der bisherigen Nutzung ausgehenden Emissionen und die bisherigen und zukünftigen Maßnahmen zu deren Verhinderung oder Beschränkung. Bei Vorhaben auf altlastenverdächtigen Flächen sind Art und Umfang der Verunreinigung nach dem jeweiligen Kenntnisstand zu erläutern. Die Ausführung des Bauvorhabens sowie die beabsichtigte Nutzung ist unter Berücksichtigung der festgestellten Verunreinigung zu beschreiben.	(2) ¹ Bei Vorhaben auf altlastenverdächtigen Flächen sind Art und Umfang der Verunreinigung nach dem jeweiligen Kenntnisstand zu erläutern und Angaben zu der Beteiligung der für den Bodenschutz zuständigen Stelle erforderlich (§ 13 Absatz 2 Bremische Landesbauordnung). ² Die Ausführung des Bauvorhabens sowie die beabsichtigte Nutzung ist unter Berücksichtigung der zu erwartenden Verunreinigung zu beschreiben.
	(3) Bei Verdachtsflächen nach § 1 Absatz 4 des Gesetzes zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel sind Angaben über die Erfüllung der Sondierungspflicht nach § 5 dieses Gesetzes erforderlich (§ 13 Absatz 2 Bremische Landesbauordnung).
(4) Für Arbeitsstätten, insbesondere gewerbliche Anlagen, sind in einer Betriebsbeschreibung zusätzlich folgende Angaben aufzunehmen: 1. die Bezeichnung der Tätigkeit unter Angabe der Art, der Zahl und des Auf-	(4) Bei Arbeitsstätten, insbesondere gewerblichen Anlagen, sind in einer Betriebsbeschreibung folgende Angaben erforderlich: 1. betriebsbedingte Einrichtungen, technische Arbeitsmittel, Anlagen, Arbeits-

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>stellungsortes der Maschinen oder Apparate, das Arbeitsverfahren, die zu verwendenden Rohstoffe und herzustellenden Erzeugnisse, die Lagerung feuer-, explosions- oder gesundheitsgefährlicher Rohstoffe und Erzeugnisse,</p> <p>2. die etwa entstehenden Immissionen auf die Beschäftigten oder die Nachbarschaft nach Art und Ausmaß sowie die Maßnahmen zu deren Verhinderung oder Beschränkung,</p> <p>3. die Zahl der Beschäftigten.</p>	<p>und Produktionsabläufe, Betriebszeiten sowie die sich daraus ergebenden Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen,</p> <p>2. die Art und Menge der beim Betrieb eingesetzten, verarbeiteten, produzierten, gelagerten oder anfallenden Stoffe, Abfälle und Abwässer,</p> <p>3. eine Beschreibung der entstehenden Immissionen auf die Beschäftigten oder die Nachbarschaft, einschließlich Verkehrsauswirkungen, nach Art und Ausmaß sowie die Maßnahmen zu deren Verhinderung oder Beschränkung,</p> <p>4. die Zahl der voraussichtlich beschäftigten Personen.</p>
<p>(5) Für vorhandene und geplante bauliche Anlagen auf dem Baugrundstück ist, soweit erforderlich, eine prüffähige Berechnung aufzustellen über:</p> <p>1. die zulässige und die vorhandene und geplante Grundfläche,</p> <p>2. die zulässige und die vorhandene und geplante Geschoßfläche oder die Baumasse,</p> <p>3. die erforderliche und die vorhandene und geplante Fläche für Kinderspielplätze,</p> <p>4. die erforderliche und die vorhandene und geplante Anzahl notwendiger Stellplätze und Fahrradabstellplätze,</p> <p>5. die Geschosse, die keine Vollgeschosse sind,</p> <p>6. die erforderlichen und die vorhandenen und geplanten Abstandsflächen,</p> <p>7. die Anzahl und die Größe der Nutzungseinheiten (umbauter Raum sowie Wohn- und Nutzfläche),</p> <p>8. den Brutto-Rauminhalt nach DIN 277 Teil 1 der geplanten baulichen Anlagen oder deren Rohbau- oder Herstellungswert, soweit diese Berechnungen für die Gebührenermittlung erforderlich sind.</p>	<p>(5) Für vorhandene und geplante bauliche Anlagen auf dem Baugrundstück ist, soweit erforderlich, eine prüffähige Berechnung aufzustellen über:</p> <p>1. das zulässige, das vorhandene und das geplante Maß der baulichen Nutzung bei Bauvorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes mit entsprechenden Festsetzungen,</p> <p>2. die erforderliche und die vorhandene und geplante Fläche für Kinderspielplätze,</p> <p>3. die erforderliche und die vorhandene und geplante Anzahl notwendiger Stellplätze und Fahrradabstellplätze,</p> <p>4. die erforderlichen und die vorhandenen und geplanten Abstandsflächen,</p> <p>5. die anrechenbaren Bauwerte und die Baukosten sowie deren Ermittlung.</p>
<p>(2) Im Genehmigungsfreistellungsverfahren und im vereinfachten Genehmigungsverfahren hat der Verfasser der bautechnischen Nachweise bei Vorhaben nach § 66 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 der Bremischen Landesbauordnung zu erklären, ob die Tragwerke nach den Kriterien der Anlage 2 zu dieser Verordnung</p>	<p>siehe § 3 Abs. 5 i.V.m. § 10 Abs. 1</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
von geringer oder sehr geringer Schwierigkeit im Sinne des § 66 Abs. 7 Satz 3 der Bremischen Landesbauordnung sind.	
<p style="text-align: center;">§ 14</p> <p style="text-align: center;">Standsicherheitsnachweis und andere bautechnische Nachweise</p>	<p style="text-align: center;">§ 10</p> <p style="text-align: center;">Standsicherheitsnachweis</p>
<p>(1) Zum Nachweis der Standsicherheit sind eine Darstellung des gesamten statischen Systems einschließlich einer Konstruktionsbeschreibung, die erforderlichen Konstruktionszeichnungen und die erforderlichen Berechnungen vorzulegen. Berechnungen und Zeichnungen müssen übereinstimmen und gleiche Positionen haben. Die Konstruktionsbeschreibung muss eine Bestimmung der Schwierigkeit der Tragwerke nach Maßgabe der Kriterien der Anlage 2 zu dieser Verordnung ermöglichen.</p>	<p>(1) ¹Für den Nachweis der Standsicherheit tragender Bauteile einschließlich ihrer Feuerwiderstandsfähigkeit nach § 11 Absatz 1 Nummer. 1 sind eine Darstellung des gesamten statischen Systems sowie die erforderlichen Berechnungen, Konstruktionszeichnungen und eine Konstruktionsbeschreibung vorzulegen. ²Die Konstruktionsbeschreibung muss eine Bestimmung der Schwierigkeit der Tragwerke nach Maßgabe der Kriterien der Anlage 2 ermöglichen.</p>
<p>(2) Die statischen Berechnungen müssen die Standsicherheit der baulichen Anlage und ihrer Teile nachweisen. Die Beschaffenheit des Baugrundes und seine Tragfähigkeit sowie, soweit erforderlich, die Gründungen benachbarter baulicher Anlagen sind anzugeben. Die Bauordnungsbehörde kann gestatten, dass die Standsicherheit auf andere Weise als durch statische Berechnung nachgewiesen wird. Sie kann auf die Vorlage eines besonderen Nachweises verzichten, wenn eine bauliche Anlage oder ihre Teile nach Bauart, statischem System, baulicher Durchbildung und Abmessungen sowie hinsichtlich ihrer Beanspruchung einer durch technische Baubestimmungen nach § 3 Abs. 3 der Bremischen Landesbauordnung im einzelnen festgelegten Ausführung entsprechen.</p>	<p>(2) ¹Die statischen Berechnungen müssen die Standsicherheit der baulichen Anlagen und ihrer Teile nachweisen. ²Die Beschaffenheit des Baugrundes und seine Tragfähigkeit sind anzugeben. ³Soweit erforderlich, ist nachzuweisen, dass die Standsicherheit anderer baulicher Anlagen und die Tragfähigkeit des Baugrundes der Nachbargrundstücke nicht gefährdet werden.</p>
	<p>(3) Die Standsicherheit kann auf andere Weise als durch statische Berechnungen nachgewiesen werden, wenn hierdurch die Anforderungen an einen Standsicherheitsnachweis in gleichem Maße erfüllt werden.</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
	<p>§ 11 Brandschutznachweis</p>
<p>§ 14 Abs. (3) Zum Nachweis des Wärmeschutzes, des Schallschutzes, des Brandverhaltens der Baustoffe und der Feuerwiderstandsdauer der Bauteile sind, soweit erforderlich, Zeichnungen, Berechnungen, Prüfzeugnisse oder Gutachten vorzulegen. Der Wärmeschutz ist nach der Wärmeschutzverordnung vom 16. August 1994 (BGBl. I S.2121) nachzuweisen. Bei Gebäuden nach dem ersten und zweiten Abschnitt der Wärmeschutzverordnung ist der Wärmebedarfsausweis unter Verwendung der Muster der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 12 der Wärmeschutzverordnung vom 20. Dezember 1994 (BAnz. S. 12524) beizufügen.</p>	<p>(1) Für den Nachweis des Brandschutzes sind im Lageplan, in den Bauzeichnungen und in der Baubeschreibung, soweit erforderlich, insbesondere anzugeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Brandverhalten der Baustoffe (Baustoffklasse) und die Feuerwiderstandsfähigkeit der Bauteile (Feuerwiderstandsklasse) entsprechend den Benennungen nach § 26 der Bremischen Landesbauordnung oder entsprechend den Klassifizierungen nach den Anlagen zur Bauregelliste A Teil 1, 2. die Bauteile, Einrichtungen und Vorkehrungen, an die Anforderungen hinsichtlich des Brandschutzes gestellt werden, wie Brandwände und Decken, Trennwände, Unterdecken, Installationsschächte und -kanäle, Lüftungsanlagen, Feuerschutzabschlüsse und Rauchschutztüren, Öffnungen zur Rauchableitung, einschließlich der Fenster nach § 35 Absatz 8 Satz 2 der Bremischen Landesbauordnung, 3. die Nutzungseinheiten, die Brand- und Rauchabschnitte, 4. die aus Gründen des Brandschutzes erforderlichen Abstände innerhalb und außerhalb des Gebäudes, 5. der erste und zweite Rettungsweg nach § 33 der Bremischen Landesbauordnung, insbesondere notwendige Treppenräume, Ausgänge, notwendige Flure, mit Rettungsgeräten der Feuerwehr erreichbare Stellen einschließlich der Fenster, die als Rettungswege nach § 33 Absatz 2 Satz 2 der Bremischen Landesbauordnung dienen, unter Angabe der lichten Maße und Brüstungshöhen, 6. die Flächen für die Feuerwehr, Zu- und Durchgänge, Zu- und Durchfahrten, Bewegungsflächen und die Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge, 7. die Löschwasserversorgung.

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
	<p>(2) ¹Bei Sonderbauten, Mittel- und Großgaragen müssen, soweit es für die Beurteilung erforderlich ist, zusätzlich Angaben gemacht werden insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. brandschutzrelevante Einzelheiten der Nutzung, insbesondere auch die Anzahl und Art der die bauliche Anlage nutzenden Personen sowie Explosions- oder erhöhte Brandgefahren, Brandlasten, Gefahrstoffe und Risikoanalysen, 2. Rettungswegbreiten und -längen, Einzelheiten der Rettungswegführung und -ausbildung einschließlich Sicherheitsbeleuchtung und -kennzeichnung, 3. technische Anlagen und Einrichtungen zum Brandschutz, wie Branderkennung, Brandmeldung, Alarmierung, Brandbekämpfung, Rauchableitung, Rauchfreihaltung, 4. die Sicherheitsstromversorgung, 5. die Bemessung der Löschwasserversorgung, Einrichtungen zur Löschwasserentnahme sowie die Löschwasserrückhaltung, 6. betriebliche und organisatorische Maßnahmen zur Brandverhütung, Brandbekämpfung und Rettung von Menschen und Tieren wie Feuerwehrplan, Brandschutzordnung, Werkfeuerwehr, Bestellung von Brandschutzbeauftragten und Selbsthilfekräften. <p>²Anzugeben ist auch, weshalb es der Einhaltung von Vorschriften wegen der besonderen Art oder Nutzung baulicher Anlagen oder Räume oder wegen besonderer Anforderungen nicht bedarf (§ 51 Satz 2 Bremische Landesbauordnung). ³Der Brandschutznachweis kann auch gesondert in Form eines objektbezogenen Brandschutzkonzeptes dargestellt werden.</p>
	<p>§ 12 Nachweise für Wärme-, Schall-, Erschütterungsschutz</p>
<p>§ 14 (3) Zum Nachweis des Wärmeschutzes, des Schallschutzes, des Brandverhaltens der Baustoffe und der Feuerwiderstandsdauer der Bauteile sind, soweit erforderlich, Zeichnungen, Berechnungen, Prüfzeugnisse oder</p>	<p>(1) Die Berechnungen müssen den nach bauordnungsrechtlichen Vorschriften geforderten Wärme-, Schall- und Erschütterungsschutz nachweisen.</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>Gutachten vorzulegen. Der Wärmeschutz ist nach der Wärmeschutzverordnung vom 16. August 1994 (BGBl. I S.2121) nachzuweisen. Bei Gebäuden nach dem ersten und zweiten Abschnitt der Wärmeschutzverordnung ist der Wärmebedarfsausweis unter Verwendung der Muster der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 12 der Wärmeschutzverordnung vom 20. Dezember 1994 (BAnz. S. 12524) beizufügen.</p>	
<p>neu, siehe DVO-EnEV</p>	<p>(2) Unberührt bleiben energierechtliche Anforderungen zum Nachweis der Einhaltung der Anforderungen nach der Energieeinsparverordnung.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 13 Übereinstimmungsgebot</p>
<p>§ 14 Abs. 1 Satz 2: Berechnungen und Zeichnungen müssen übereinstimmen und gleiche Positionen haben</p>	<p>Die Bauzeichnungen, Baubeschreibungen, Berechnungen und Konstruktionszeichnungen sowie sonstige Zeichnungen und Beschreibungen, die den bautechnischen Nachweisen zugrunde liegen, müssen miteinander übereinstimmen und gleiche Positionsangaben haben.</p>
	<p style="text-align: center;">Teil 4 Aufbewahrungspflicht</p>
<p style="text-align: center;">§ 15 Übermittlung personenbezogener Daten</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 Übermittlung personenbezogener Daten</p>
<p>(1) Ist die Bauordnungsbehörde zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 61 der Bremischen Landesbauordnung, insbesondere zur Prüfung, ob ein Vorhaben mit den öffentlich-rechtlichen Vorschriften übereinstimmt, auf die Sachkunde einer anderen Behörde oder Stelle im Sinne des § 71 Abs. 2 der Bremischen Landesbauordnung, eines Sachverständigen oder einer sachverständigen Stelle im Sinne des § 61 Abs. 2 der Bremischen Landesbauordnung angewiesen, darf sie die nach Maßgabe der §§ 1 bis 14 sowie sonstige auf der Grundlage des § 62 der Bremischen Landesbauordnung erhobenen personenbezogenen Daten zu diesem Zweck übermitteln. Satz 1 gilt entsprechend, wenn die Erteilung der Baugenehmigung der Zustimmung, des Einvernehmens</p>	<p>(1) ¹Ist die Bauaufsichtsbehörde zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 58 Absatz 2 der Bremischen Landesbauordnung, insbesondere zur Prüfung, ob ein Vorhaben mit den öffentlich-rechtlichen Vorschriften übereinstimmt, auf die Sachkunde einer anderen Stelle im Sinne von § 69 Absatz 1 Nummer 2 der Bremischen Landesbauordnung, eines Sachverständigen oder einer sachverständigen Stelle angewiesen, darf sie die nach Maßgabe der §§ 1 bis 12 sowie sonstige auf der Grundlage des § 71 der Bremischen Landesbauordnung erhobenen personenbezogenen Daten zu diesem Zweck übermitteln. ²Satz 1 gilt entsprechend, wenn die Beteiligung oder Anhörung anderer Stellen durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist (§ 69 Absatz 1 Nummer 1 Bremische Lan-</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>oder Benehmens einer anderen Behörde oder Stelle bedarf (§ 71 Abs. 3 der Bremischen Landesbauordnung). Dem Empfänger eines baurechtlichen Bescheides sind die Stellen bekanntzugeben, die personenbezogene Daten erhalten haben.</p>	<p>desbauordnung). ³Dem Empfänger eines baurechtlichen Bescheides sind die Stellen bekanntzugeben, die personenbezogene Daten erhalten haben.</p>
<p>(2) Die Bauordnungsbehörde hat die Übermittlung der Daten nach Absatz 1 ohne Nennung von Namen und Anschrift des Bauherrn, des Grundstückseigentümers, des Entwurfsverfassers und ohne Bezeichnung des Baugrundstücks vorzunehmen, wenn der Zweck der Übermittlung auch auf diese Weise ohne Erschwerung erreicht werden kann und wenn der Bauherr zusätzlich entsprechende Bauvorlagen einreicht.</p>	<p>(2) ¹Die Bauaufsichtsbehörde hat die Übermittlung der Daten nach Absatz 1 ohne Nennung von Namen und Anschrift des Bauherrn, des Grundstückseigentümers, des Entwurfsverfassers und ohne Bezeichnung des Baugrundstücks vorzunehmen, wenn der Zweck der Übermittlung auch auf diese Weise ohne Erschwerung erreicht werden kann und wenn der Bauherr zusätzlich entsprechende Bauvorlagen einreicht.</p>
<p>(3) Die Bauordnungsbehörde ist berechtigt, nach Maßgabe des Absatzes 4 den dort genannten Stellen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben die folgenden Daten regelmäßig zu übermitteln :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Name und Anschrift des Bauherrn, 2. Name und Anschrift des Grundstückseigentümers, 3. Name und Anschrift des Entwurfsverfassers, 4. die katastermäßige Bezeichnung des Baugrundstücks mit Angabe der Straße und Hausnummer, 5. die Bauvorlagen nach § 11 und § 13, 6. die Bauvorlagen nach § 5. 	<p>(3) Die Bauaufsichtsbehörde ist berechtigt, nach Maßgabe des Absatzes 4 den dort genannten Stellen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben die folgenden Daten regelmäßig zu übermitteln:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Name und Anschrift des Bauherrn, 2. Name und Anschrift des Grundstückseigentümers, 3. Name und Anschrift des Entwurfsverfassers, 4. die katastermäßige Bezeichnung des Baugrundstücks mit Angabe der Straße und Hausnummer, 5. die Bauvorlagen nach § 7 und § 9, 6. die Bauvorlagen nach § 6.
<p>(4) Von den in Absatz 3 genannten Daten dürfen übermittelt werden :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über den Eingang eines Bauantrages Daten nach Absatz 3 Nr. 1 bis 6 an: <ol style="list-style-type: none"> a) die für die Denkmalpflege zuständige Stelle, b) die für die Landesarchäologie zuständige Stelle, c) die für die Grundstücksentwässerung zuständige Stelle, d) das Statistische Landesamt, e) die für die Fortschreibung der Wohnungsbaukonzeption im Lande Bre- 	<p>(4) Von den in Absatz 3 genannten Daten dürfen übermittelt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über den Eingang eines Bauantrages Daten nach Absatz 3 Nummern 1 bis 6 an: <ol style="list-style-type: none"> a) die für die Denkmalpflege zuständige Stelle, b) die für die Landesarchäologie zuständige Stelle, c) die für die Grundstücksentwässerung zuständige Stelle,

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>men zuständige Stelle, f) die für den Kampfmittelräumdienst zuständige Stelle.</p> <p>2. über die Erteilung einer Baugenehmigung Daten nach Absatz 3 Nr. 1 bis 5 an:</p> <p>a) die für die Denkmalpflege zuständige Stelle, b) die für die Landesarchäologie zuständige Stelle, c) die für die Grundstücksentwässerung und die Abfallbeseitigung zuständige Stelle, d) das Statistische Landesamt, e) die für die Fortschreibung der Wohnungsbaukonzeption im Lande Bremen zuständige Stelle, f) die für die Spielförderung von Kindern zuständige Stelle, g) die für den Baum- und Landschaftsschutz zuständige Stelle, h) die für die Wirtschaftsförderung zuständige Stelle, i) die für die Aufgaben der Landesvermessung und die Fortführung des Liegenschaftskatasters zuständige Stelle, j) die für den Arbeitsschutz zuständige Stelle, k) die Bauberufsgenossenschaft Hannover, l) den Bezirksschornsteinfegermeister zur Prüfung von Feuerungsanlagen,</p>	<p>d) das Statistische Landesamt, e) die für die Fortschreibung der Wohnungsbaukonzeption im Lande Bremen zuständige Stelle, f) die für die Aktivierung von Bautätigkeiten in Baulücken zuständige Stelle, g) die für den Kampfmittelräumdienst zuständige Stelle, h) die für den Naturschutz zuständige Stelle.</p> <p>2. über die Erteilung einer Baugenehmigung oder einer Genehmigungsfreistellung Daten nach Absatz 3 Nummern 1 bis 5 an:</p> <p>a) die Ortsämter zur Kenntnis der Beiräte, b) die für die Denkmalpflege zuständige Stelle, c) die für die Landesarchäologie zuständige Stelle, d) die für die Grundstücksentwässerung und die Abfallbeseitigung zuständige Stelle, e) das Statistische Landesamt, f) die für die Fortschreibung der Wohnungsbaukonzeption im Lande Bremen zuständige Stelle, g) die für die Aktivierung von Bautätigkeiten in Baulücken zuständige Stelle, h) die für die Spielförderung von Kindern zuständige Stelle, i) die für den Naturschutz zuständige Stelle, j) die für den Vollzug der Energieeinsparverordnung und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes zuständige Stelle, k) die für die Wirtschaftsförderung zuständige Stelle,</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>m) die für die Durchführung von Brandverhütungsschauen zuständige Stelle,</p> <p>n) den TÜV oder die DEKRA für die Abnahme technischer Einrichtungen,</p> <p>o) Wasser,- Boden- und Deichverbände,</p> <p>p) die für die Liegenschaftsverwaltung zuständigen Stelle,</p> <p>q) die für die Planung von Strom- und Fernwärmeversorgung, für die Entwicklungsplanung für das Fernmeldewesen und für die Gasvorhaltung und die Wasservorhaltung zuständige Stelle,</p> <p>r) die für die Steuererhebung zuständige Stelle für die Einheitsbewertung des Grundbesitzes und für die Festsetzung der Grundsteuer.</p> <p>3. über die Erteilung einer Abbruchgenehmigung Daten nach Absatz 3 Nr. 1 bis 4 und 6 an:</p> <p>a) die für die Denkmalpflege zuständige Stelle,</p> <p>b) die für die Grundstücksentwässerung und die Abfallbeseitigung zuständige Stelle,</p> <p>c) das Statistische Landesamt,</p> <p>d) die für die Fortschreibung der Wohnungsbaukonzeption im Lande Bremen zuständige Stelle,</p> <p>e) die für die Aufgaben der Landesvermessung und die Fortführung des Liegenschaftskatasters zuständige Stelle,</p>	<p>l) die für die Aufgaben der Landesvermessung und die Fortführung des Liegenschaftskatasters zuständige Stelle,</p> <p>m) die für den Arbeits- und Immissionsschutz zuständige Stelle,</p> <p>n) die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft,</p> <p>o) den Bezirksschornsteinfegermeister oder den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger zur Prüfung von Feuerungsanlagen, Verbrennungsmotoren und Blockheizkraftwerken,</p> <p>p) die für die Durchführung von Brandverhütungsschauen zuständige Stelle,</p> <p>q) Wasser,- Boden- und Deichverbände,</p> <p>r) die für die Liegenschaftsverwaltung zuständigen Stelle,</p> <p>s) die für die Planung von Strom- und Fernwärmeversorgung, für die Entwicklungsplanung für das Fernmeldewesen und für die Gasvorhaltung und die Wasservorhaltung zuständige Stelle,</p> <p>t) die für die Steuererhebung zuständige Stelle für die Einheitsbewertung des Grundbesitzes und für die Festsetzung der Grundsteuer.</p> <p>3. über die Anzeige der Beseitigung von Anlagen Daten nach Absatz 3 Nummern 1, 2, 4 und 6 an:</p> <p>a) die Ortsämter zur Kenntnis der Beiräte,</p> <p>b) die für die Denkmalpflege zuständige Stelle,</p> <p>c) die für die Grundstücksentwässerung und die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung zuständige Stelle,</p> <p>d) das Statistische Landesamt,</p> <p>e) die für die Fortschreibung der Wohnungsbaukonzeption im Lande Bremen zuständige Stelle,</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>f) die für Arbeitsschutz zuständige Stelle, g) die Bauberufsgenossenschaft Hannover, h) Wasser- Boden- und Deichverbände, i) die für die Liegenschaftsverwaltung zuständigen Stelle, j) die für die Planung von Strom- und Fernwärmeversorgung, für das Fernmeldewesen und die für die Gasvorhaltung und die Wasservorhaltung zuständige Stelle zur Vorbereitung der Leitungsabtrennung vor Abbruchbeginn.</p> <p>4. über den Eingang einer Baubeginnanzeige Daten nach Absatz 3 Nr. 1, 2 und 4 an:</p> <p>a) die für den Arbeitsschutz zuständige Stelle, b) die Bauberufsgenossenschaft Hannover, c) den Bezirksschornsteinfegermeister zur Prüfung von Feuerungsanlagen, d) die für die Aufgaben der Landesvermessung und die Fortführung des Liegenschaftskatasters zuständige Stelle zur Überwachung der Gebäudeeinmessungspflicht, e) die mit der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung befassten Behör-</p>	<p>f) die für die Aktivierung von Bautätigkeiten in Baulücken zuständige Stelle, g) die für die Aufgaben der Landesvermessung und die Fortführung des Liegenschaftskatasters zuständige Stelle, h) die für Arbeits- und Immissionsschutz zuständige Stelle, i) die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft, j) Wasser- Boden- und Deichverbände, k) die für die Liegenschaftsverwaltung zuständigen Stelle, l) die für die Planung von Strom- und Fernwärmeversorgung, für das Fernmeldewesen und die für die Gasvorhaltung und die Wasservorhaltung zuständige Stelle zur Vorbereitung der Leitungsabtrennung vor Abbruchbeginn, m) die für die Abfallüberwachung und den Bodenschutz zuständigen Stellen, n) die für den Naturschutz zuständige Stelle, o) den Bezirksschornsteinfegermeister oder den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger.</p> <p>4. über den Eingang einer Baubeginnanzeige Daten nach Absatz 3 Nummern 1, 2 und 4 an:</p> <p>a) die für den Arbeits- und Immissionsschutz zuständige Stelle, b) die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft, c) den Bezirksschornsteinfegermeister oder den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger zur Prüfung von Feuerungsanlagen, Verbrennungsmotoren und Blockheizkraftwerken, d) die für die Aufgaben der Landesvermessung und die Fortführung des Liegenschaftskatasters zuständige Stelle zur Überwachung der Gebäu-</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>den.</p> <p>5. über die endgültige Fertigstellung eines genehmigungsbedürftigen Vorhabens Daten nach Absatz 3 Nr. 1, 2 und 4 an:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die für die Steuererhebung zuständige Stelle für die Einheitsbewertung des Grundbesitzes und für die Festsetzung der Grundsteuer, b) die für den Arbeitsschutz zuständige Stelle, c) das Statistische Landesamt, d) die für die Fortschreibung der Wohnungsbaukonzeption im Lande Bremen zuständige Stelle. <p>6. über die Eintragung einer Baulast die Ablichtung des Baulastverzeichnisses mit Anlagen an die für die Aufgaben der Landesvermessung und die Fortführung des Liegenschaftskatasters zuständige Stelle.</p>	<p>deemessungspflicht,</p> <ul style="list-style-type: none"> e) die mit der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung befassten Behörden, f) die für die Abfallüberwachung und den Bodenschutz zuständigen Stellen, g) die für den Naturschutz zuständige Stelle. <p>5. über die endgültige Fertigstellung eines nicht verfahrensfreien Vorhabens Daten nach Absatz 3 Nummern 1, 2 und 4 an:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die für die Steuererhebung zuständige Stelle für die Einheitsbewertung des Grundbesitzes und für die Festsetzung der Grundsteuer, b) die für den Arbeitsschutz zuständige Stelle, c) das Statistische Landesamt, d) die für die Fortschreibung der Wohnungsbaukonzeption im Lande Bremen zuständige Stelle, e) die für die Aktivierung von Bautätigkeiten in Baulücken zuständige Stelle, f) die für den Naturschutz zuständige Stelle, g) die für den Vollzug der Energieeinsparverordnung und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes zuständige Stelle. <p>6. über die Eintragung einer Baulast die Ablichtung des Baulastverzeichnisses mit Anlagen an die für die Aufgaben der Landesvermessung und die Fortführung des Liegenschaftskatasters zuständige Stelle.</p>
<p>(5) An andere Stellen dürfen abweichend von Absatz 1 und 3 Daten mit Einwilligung des Bauherrn übermittelt werden.</p>	<p>(5) An andere Stellen dürfen abweichend von Absatz 1 und 3 Daten mit Einwilligung des Bauherrn übermittelt werden.</p>

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
(6) Die Empfänger dürfen die nach Absatz 1, 3 und 4 übermittelten Daten nur zu dem Zweck nutzen, zu dem sie übermittelt worden sind.	(6) Die Empfänger dürfen die nach Absatz 1, 3 und 4 übermittelten Daten nur zu dem Zweck nutzen, zu dem sie übermittelt worden sind.
(7) Die nach § 4 im Genehmigungsverfahren (§ 66 der Bremischen Landesbauordnung) vorzulegenden Bauvorlagen dürfen der örtlich zuständigen Bauordnungsbehörde zur Wahrnehmung bauaufsichtlicher Aufgaben regelmäßig übermittelt werden. Im Übrigen gelten die Absätze 3 bis 6 für das Genehmigungsverfahren sinngemäß.	(7) Die im Genehmigungsverfahren nach § 62 der Bremischen Landesbauordnung bei der Gemeinde einzureichenden Bauvorlagen dürfen der örtlich zuständigen Bauaufsichtsbehörde zur Wahrnehmung bauaufsichtlicher Aufgaben regelmäßig übermittelt werden.
	Teil 5 Übergangs- und Schlussvorschriften
§ 16 Übergangsvorschrift	§ 15 Übergangsvorschriften
Für die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingeleiteten Verfahren können Bauvorlagen, die der Bauvorlagenverordnung vom 26. September 1972 (Brem.GBl. S. 203 -2130 -d-11) entsprechen, auch nach Inkrafttreten dieser Verordnung eingereicht werden.	¹ Für die vor dem (<i>einsetzen</i> : Datum des Tages des Inkrafttretens dieser Verordnung) eingeleiteten Verfahren können Bauvorlagen, die der Bauvorlagenverordnung vom 6. Juni 1996 (Brem.GBl. S. 167 - 2130-d-11), die durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, entsprechen, auch nach dem (<i>einsetzen</i> : Datum des letzten Tages vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung) eingereicht werden.
§ 17 Inkrafttreten	§ 16 Inkrafttreten, Außerkrafttreten
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bauvorlagenverordnung vom 26. September 1972 (Brem.GBl. S. 203 -2130 -d-11) außer Kraft.	(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft,
	(2) Gleichzeitig tritt die Bauvorlagenverordnung vom 6. Juni 1996 (Brem.GBl. S. 167 – 2130-d-11), geändert durch Artikel 1 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung des Bremischen Rechts vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) außer Kraft.

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
	(3) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2014 außer Kraft.
Anlagen	Anlagen
Anlage 1 Zeichen und Farben für Bauvorlagen	Anlage 1 (zu § 7 Absatz 6 und § 8 Absatz 4 BremBauVorIV) Zeichen und Farben für Bauvorlagen
Anlage 2 (zu § 13 Abs. 2, § 14 Abs. 1) - Kriterien zur Bestimmung von Tragwerken mit geringer oder sehr geringer Schwierigkeit im Sinne des § 66 Abs. 7 Satz 3 der Bremischen Landesbauordnung -	Anlage 2 (zu § 3 Nummer 5, § 4 Absatz 1 Nummer 5, § 6 Nummer 2 und § 10 Absatz 1 Satz 2 BremBauVorIV) Kriterienkatalog
<p>I. Die Baugrundverhältnisse sind eindeutig und erlauben eine übliche Flachgründung entsprechend DIN 1054. Ausgenommen sind Gründungen auf setzungsempfindlichem Baugrund (i.d.R. mittelstark oder stark bindige Böden).</p> <p>II. Die tragenden und aussteifenden Bauteile gehen im Grundsatz unversetzt durch bis zu den Fundamenten. Ein Nachweis der Gebäudeaussteifung, auch für Teilbereiche, ist nicht erforderlich.</p> <p>III. Die Geschoßdecken dürfen für gleichmäßig verteilte Lasten (kN/m²) und Linienlasten aus nichttragenden Wänden (kN/m) für den Nutzungszustand bemessen werden.</p> <p>IV. Bei dem Dachstuhl handelt es sich um eine zimmermannsmäßige, einfache Konstruktion, in der Regel um ein Pfettendach. Pfettenlasten können in die darunterliegende Decke eingerechnet werden.</p> <p>V. Angrenzende Gebäude und öffentlicher Raum werden durch die Baumaßnahmen (Unterfangungen, Baugrubensicherung) nicht beeinträchtigt.</p> <p>VI. Bei Gebäuden in Hanglage beträgt die Höhendifferenz zwischen Berg-</p>	<p>Sind die nachfolgenden Kriterien ausnahmslos erfüllt, ist eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises nicht erforderlich:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Baugrundverhältnisse sind eindeutig und erlauben eine übliche Flachgründung entsprechend DIN 1054. Ausgenommen sind Gründungen auf setzungsempfindlichem Baugrund. 2. Bei erddruckbelasteten Gebäuden beträgt die Höhendifferenz zwischen Gründungssohle und Erdoberfläche maximal 4 m. Einwirkungen aus Wasserdruck müssen rechnerisch nicht berücksichtigt werden. 3. Angrenzende bauliche Anlagen oder öffentliche Verkehrsflächen werden nicht beeinträchtigt. Nachzuweisende Unterfangungen oder Baugrubensicherungen sind nicht erforderlich. 4. Die tragenden und aussteifenden Bauteile gehen im Wesentlichen bis zu den Fundamenten unversetzt durch. Ein rechnerischer Nachweis der Gebäudeaussteifung, auch für Teilbereiche, ist nicht erforderlich. 5. Die Geschossdecken sind linienförmig gelagert und dürfen für gleichmäßig verteilte Lasten (kN/m²) und Linienlasten aus nichttragenden Wänden (kN/m) bemessen werden. Geschossdecken ohne ausreichende Querver-

BVorIV 1996	BremBauVorIV 2010
<p>und Talseite nicht mehr als ein Geschöß.</p> <p>Die vorstehend genannten Kriterien müssen ausnahmslos erfüllt sein.</p>	<p>teilung erhalten keine Einzellasten.</p> <ol style="list-style-type: none">6. Die Bauteile der baulichen Anlage oder die bauliche Anlage selbst können mit einfachen Verfahren der Baustatik berechnet oder konstruktiv festgelegt werden. Räumliche Tragstrukturen müssen rechnerisch nicht nachgewiesen werden. Besondere Stabilitäts-, Verformungs- und Schwingungsuntersuchungen sind nicht erforderlich.7. Außergewöhnliche sowie dynamische Einwirkungen sind nicht vorhanden. Beanspruchungen aus Erdbeben müssen rechnerisch nicht verfolgt werden.8. Besondere Bauarten wie Spannbetonbau, Verbundbau, Leimholzbau und geschweißte Aluminiumkonstruktionen werden nicht angewendet. <p>Erlässt die oberste Bauaufsichtsbehörde Anwendungshinweise (Erläuterungen) zur Konkretisierung der Kriterien, sind diese durch den Tragwerksplaner bei der Abgabe der Erklärung nach § 3 Nummer 5 zu berücksichtigen.</p>